

Herausforderung Migration angehen

Die Regierung hat sich einer heiklen Thematik angenommen. Sie möchte mit einer Studie eine Diskussion zu Migration und ihren Auswirkungen anstossen und «gewisse Probleme» lösen. Eine Arbeitsgruppe soll Lösungsvorschläge machen.

Von Janine Köpfl

Vaduz/Bendern. – Liechtenstein möchte Wohlstand, genug Arbeitsplätze und wirtschaftliches Wachstum. Darin sind sich eigentlich alle einig, auch die politischen Parteien, die das wirtschaftliche Wachstum als Teil ihres Wahlprogramms verkaufen. Nur: «Wirtschaftswachstum auf der einen

Seite und auf der anderen Seite möchte man nichts mit den Menschen zu tun haben, welche die Arbeitsplätze belegen – das geht nicht», sagte Wilfried Marxer, Direktor des Liechtenstein-Instituts, gestern bei der Vorstellung der Studie «Herausforderung Migration in und für Liechtenstein». Die Regierung hatte die Studie als ein wichtiges Umsetzungsprojekt der Agenda 2020 in Auftrag gegeben, wie Regierungsrat Hugo Quaderer informierte. Die Themen Migration und Integration tauchten auch auf dem politischen Parkett immer wieder auf. Die Regierung wollte vor allem eine bessere Grundlage schaffen und gesicherte Erkenntnisse liefern, um fundiert diskutieren zu können. Denn an der Tatsache, dass wichtige Diskussionen in diesem Zusammenhang anstehen, lässt sich nicht rütteln.

Verschiedene Dimensionen

Die Studie befasst sich mit Überforderungsängsten, mit der Bodenpolitik, mit Grössenverträglichkeit, das heisst mit der Frage, wie viele Einwohner Liechtenstein überhaupt vertragen kann, aber auch mit Ökologie und Ökonomie. Der Inhalt ist sehr breit. Verschiedene Dimensionen wurden untersucht, damit der Vielschichtigkeit der Zuwanderungspolitik Rechnung getragen werden konnte. Die Studie besteht demnach auch mehr aus Teilstudien, die in einen Synthesebericht zusammengefasst werden. Insgesamt acht Autoren haben bei der Studie mitgeschrieben und elf wissenschaftliche Köpfe haben das Werk auf den Weg gebracht (siehe Kasten).

Probleme auch hausgemacht

Ein Hauptresultat dieser Studie ist, dass «gewisse Probleme» der Migration, wie beispielsweise ein hoher Ausländeranteil, durchaus hausgemacht sind, aufgrund einer sehr restriktiven Einbürgerungspolitik, erklärte Wilfried Marxer. Zudem zeigt die Studie, dass die Migration noch zu wenig als Chance erkannt wird und mit den



Liefere Grundlagen und wissenschaftliche Erkenntnisse für nötige Diskussionen: Wilfried Marxer, Direktor vom Liechtenstein-Institut, und Regierungsrat Hugo Quaderer (v. l.).
Bild Elma Korac

kaum vorhandenen Mitbestimmungsrechten ausländischer Mitbürger ein grosses Potenzial brachliegt. Die Studie gebe keine Empfehlungen ab, sagte Marxer. Aber er hofft, dass eine Diskussion ausgelöst wird – «eine Debatte, die man führen muss». Wie sind die sozialen und ökologischen Konsequenzen, wenn die Menschen beispielsweise in Liechtenstein arbeiten, aber in einem sogenannten Wohngürtel um Liechtenstein herum wohnen? Was würde es bedeuten, den ausländischen Mitbürgern zumindest auf kommunaler Ebene ein Mitbestimmungsrecht zu geben? Wie zielführend ist Liechtensteins restriktive Einwanderungspolitik, wenn es um Wirtschaftswachstum geht? Viele sagen, Zuwan-

derung gehe zulasten der Einheimischen, die Ökonomen der Studie sagen das Gegenteil. Wie sieht es mit den menschenrechtlichen Aspekten aus? Fragen, die geklärt werden müssen, ist auch Hugo Quaderer überzeugt. Er betont jedoch, dass das Thema ein sensibles sei und dementsprechend vorsichtig angegangen werden müsse.

Konkrete Schritte nach der Studie

Eine Arbeitsgruppe soll sich in einem ersten Schritt bis Februar mit den Ergebnissen der Studie befassen. Sie wird bestimmte Themenbereiche einer kritischen Prüfung unterziehen und allenfalls Lösungsvorschläge unterbreiten sowie die Umsetzbarkeit einschätzen, wie es in der Mitteilung

der Regierung heisst. Im Wesentlichen befasst sich die Arbeitsgruppe um die restriktive Einbürgerungspolitik (keine Beschwerdemöglichkeit bei Einbürgerung an der Urne; mit 30 Jahren sehr lange Wohnsitzfrist als Voraussetzung), um die Überprüfung der doppelten Staatsbürgerschaft sowie um Möglichkeiten, damit auch ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger mitbestimmen können.

Studie in einigen Wochen erhältlich

Noch ist die Studie «Herausforderung Migration in und für Liechtenstein» nicht öffentlich einsehbar. Es dauere noch zwei bis drei Wochen, bis die Studie als PDF zum Download bereit steht, sagte Wilfried Marxer.

Mitwirkende der Migrations-Studie

- Peter Droege, Architekt, Raumplanung, Universität Liechtenstein
- Christian Frommelt, Politikwissenschaftler, Liechtenstein-Institut
- Lucia Gaschick, vom Institut Volkswirtschaftslehre Universität Freiburg/Breisgau
- Peter Gilgen, Kulturwissenschaftler, Cornell University, Ithaka/New York
- Wilfried Marxer, Politikwissenschaftler, Direktor Liechtenstein-Institut
- Josiane Meier, Stadt- und Regionalplanerin, Technische Universität Berlin
- Moritz Rheinberger, Umweltnaturwissenschaftler ETH
- Carsten Henning Schlag, Volkswirtschaftler, Universität Liechtenstein
- Stefan Schlegel, Jurist, Universität Bern
- Silvia Simon, Volkswirtschaftlerin, HTW Chur
- Martina Sochin, Historikerin, Liechtenstein-Institut